Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7547**

17. Wahlperiode 26. 10. 2011

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Paul Schäfer (Köln), Wolfgang Neskovic, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Widerruf der gemäß § 8 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes erteilten Zustimmungen zu den Anträgen der Bundesregierung vom 28. Januar 2011 und 23. März 2011

Bundeswehr aus Afghanistan abziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag widerruft seine Zustimmung (Bundestagsdrucksachen 17/4402 (17/4561, 17/4562); 17/5190 (17/5251(neu), 17/5252)) zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) gemäß § 8 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes (ParlBG).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Einsatz der bewaffneten deutschen Streitkräfte an der NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) sofort für beendet zu erklären,
2. die Bundeswehr unverzüglich aus Afghanistan abzuziehen.

Berlin, den 26. Oktober 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

- Der Abzug der Bundeswehr ist ein deutliches Zeichen für die längst überfällige Beendigung des Afghanistankriegs. Jeder Tag, den der nun zehn Jahre dauernde Krieg länger geführt wird, kostet weiteren Menschen Leben und Gesundheit. Der Afghanistankrieg hat bisher Zehntausenden Zivilistinnen und Zivilisten (die Opferzahlen schwanken zwischen 30 000 und 100 000),

2 600 alliierten Soldatinnen und Soldaten, darunter 53 deutschen, und zahlreichen zivilen Helferinnen und Helfern das Leben gekostet. Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2011 sind 3 268 Opfer, darunter 1 271 Tote und 1 997 Verletzte (Bericht der UN Assistance Mission – UNAMA) zu beklagen.

- Die Ergebnisse des Krieges machen überdeutlich, dass der Konflikt militärisch nicht zu lösen ist. Auch der deutsche Sonderbotschafter für Afghanistan und Pakistan Michael Steiner kommt zu dieser Feststellung. Anlässlich des NATO-Gipfels im November 2010 erklärte er gegenüber der Tageszeitung „DER TAGESSPIEGEL“ (TAGESSPIEGEL ONLINE, 18. November 2010): „Jeder weiß, dass es in Afghanistan keine militärische Lösung geben kann. Der Westen hat sich zu Afghanistan in der Vergangenheit Illusionen hingegeben (…).“
- Die Strategie der NATO und damit auch die der Bundeswehr in Afghanistan ist gescheitert. Die beständige Erhöhung der Anzahl der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten im Zuge der bisherigen 13 Mandatierungen hat die Obergrenze von 1 200 Soldatinnen und Soldaten auf bis zu 5 300 Soldatinnen und Soldaten derzeit hochgeschraubt, aber nicht mehr Sicherheit in Afghanistan gebracht. Diese Strategie behindert den notwendigen innerafghanischen Friedensprozess und den erfolgreichen Wiederaufbau. Der Status und die Rechte des ISAF-Mandates decken sich nicht mit der Realität des Bundeswehreinsatzes. Die Bundeswehr ist dazu übergegangen, das nicht völkerrechtskonforme Vorgehen anderer ISAF-Staaten zu unterstützen, wie zum Beispiel gezielte Tötungen oder Operationen von Spezialkräften, die vor allem von den USA unter nationalem Kommando bzw. im Rahmen der Operation Enduring Freedom durchgeführt werden. Die Erfahrung lautet: mehr Militär, mehr Gewalt, mehr Widerstand.
- Die Kosten des Bundeswehreinsatzes in den vergangenen zehn Jahren sind mittlerweile dreifach so hoch anzusetzen, wie von den Bundesregierungen jeweils ausgewiesen wurde. Der Krieg verschlingt Mittel, die zumindest zum Teil dringend für soziale Verbesserungen in Afghanistan und der Region eingesetzt werden müssten. Die Kosten für den Bundeswehreinsatz werden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW) mit bisher 17 Mrd. Euro und der Einsatz der US-Army von der Eisenhower Study Group mit 3,2 Bio. US-Dollar beziffert. Jedes weitere Jahr Krieg wird die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Deutschland laut DIW 2,5 bis 3 Mrd. Euro kosten.
- Die von ISAF und Bundeswehr forcierte Verschränkung der militärischen Operationen mit ziviler Hilfe hat die Lage in Afghanistan nicht verbessert. Diese Verschränkung von Militärischem und Zivilem ist selbst ein Grund dafür, dass der afghanische Staat auch im Jahr 2014 nicht in der Lage sein wird, die Basisversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, so die International Crisis Group. Afghanistan belegt beim Human Development Index den Platz 155 von 169 Staaten, in der Gesundheitsversorgung den letzten Platz. Mehr als drei Millionen Flüchtlinge weltweit kommen aus Afghanistan (UNHCR 2011). Auch die extrem hohe Zahl von Flüchtlingen aus Afghanistan – ein Drittel der Flüchtlinge in der Welt – zeigen, dass sich die Lebenssituation der Menschen in Afghanistan eher verschlechtert hat.
- Laut einer Umfrage von Infratest dimap vom 8. September 2011 wollen 66 Prozent der deutschen Bevölkerung, dass die Bundeswehr sofort aus Afghanistan abzieht. Der Deutsche Bundestag trägt diesen Meinungen und dem politischen, sozialen und menschenrechtlichen Scheitern in Afghanistan auch dadurch Rechnung, dass er erstmalig vom Rückholrecht des Parlaments (§ 8 ParlBG) Gebrauch macht. Diese Entscheidung des Deutschen Bundestages soll zugleich zur schnellen Beendigung des Krieges in Afghanistan beitragen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333